

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und zur 25. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am Dienstag, den 19.02.2019, um 17:00 Uhr im Mehrzweckraum des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Jürgen Fischer

Ausschussmitglieder

Armin Barg

Beate Bötte

Bernd Karl Bornewasser

Dietmar Busch

Vertreter für Marianne Bornewasser
Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Dietmar Danowski

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Horst Enneper

Werner Grimm

Bernd-Eric Hoffmann

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Ralf-Udo Krapp

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Arnold Müller

Heide Nahrgang

Elisabeth Pech-Büttner

Für den Haupt- und Finanzausschuss
zu TOP 1 bis 18.35 Uhr

Petra Pfeiffer

Annette Pizzato

Ab 19.03 Uhr
Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Dr. Jörg Rieger

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Rainer Röhlig

Rolf Schäfer

Udo Schäfer

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Sebastian Schlüter

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis
18.35 Uhr

Rolf Schulte

Für den Haupt- und
Finanzausschuss zu TOP 1 bis

	Dietmar Stark	18.35 Uhr Für den Haupt- und Finanzausschuss zu TOP 1 bis 18.35 Uhr und dann Vertreter für Frau Pfeiffer bis 19.03 Uhr
	Klaus Steinmüller	Für den Haupt- und Finanzausschuss zu TOP 1 bis 18.35 Uhr
	Gerd Uellenberg Annette Verhees	Für den Haupt- und Finanzausschuss zu TOP 1 bis 18.35 Uhr
	Antje von der Mühlen	
Beratende Mitglieder	Käthe Hentzschel Bärbel Lippelt	RBN Seniorenbeirat
von der Verwaltung	Elisabeth Böhmer Sandra Hilverkus Burkhard Klein Matthäus Kozinski Sebastian Krone Johannes Mans Frank Nipken	Nur zu TOP 1
Schriftführerin	Lisa Look	
Gäste	Bernd Niedermeier	
es fehlt:		
Ausschussmitglieder	Marianne Bornewasser	
Beratende Mitglieder	Klaus Haselhoff	

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. InHK Innenstadt II hier: Vorstellung des Bau- und
Nutzungskonzeptes Neubau Nordstraße als eine Grundlage
des Förderantrages für das Programmjahr 2019 IV/0592/2019
- . Nach der gemeinsamen Beratung von TOP 1 wird die 25.
Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt
fortgeführt

2. Niederschrift über die 24. Sitzung des Ausschusses am 29.11.2018 (öffentlicher Teil)
3. InHK Innenstadt II hier: Beschluss von Ausschreibung und Vergabe der Leistung "Citymanagement" BV/0655/2019
4. Ergänzung zur 43. Änderung des FNP zu TOP 4 (Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2019) AN/0285/2019
5. 43. Änderung des Flächennutzungsplanes - Wohngebiet Karthausen - hier: Erläuterung der Planinhalte, erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB und Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § (1) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB BV/0653/2019
6. Bebauungsplan Nr. 108; Wohngebiet Karthausen, Bauabschnitt 1 hier: Erläuterung der Planinhalte, erneuter Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB und Beschluss der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB BV/0654/2019
7. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil)

8. Niederschrift über die 24. Sitzung des Ausschusses am 29.11.2018 (nichtöffentlicher Teil)
9. Mitteilung über erteilte Baugenehmigungen IV/0591/2019
10. Mitteilungen und Fragen
- 10.1. Sachstandbericht Bürgerzentrum Wupper
- 10.2. Sonstiges

Bürgermeister Johannes Mans eröffnet um 17.00 Uhr die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt.

Auf die Frage, ob eines der Ausschussmitglieder befangen ist, erfolgt keine Rückmeldung.

Er begrüßt die Mitglieder der Ausschüsse und stellt als Gast Bernd Niedermeier von dem Planungsbüro MWM vor.

(Öffentlicher Teil)

- | | | |
|-----------|--|---------------------|
| 1. | InHK Innenstadt II hier: Vorstellung des Bau- und Nutzungskonzeptes Neubau Nordstraße als eine Grundlage des Förderantrages für das Programmjahr 2019 | IV/0592/2019 |
|-----------|--|---------------------|
-

Einleitend geht Herr Mans auf die derzeitige Situation in der Nordstraße ein. Die Nordstraße hat eine Signalwirkung eine starke Wirkung auf Investoren.

Der Förderantrag, der bis Ende Februar eingereicht werden muss, soll vorbehaltlich der Zustimmung des Rates am 19.03.2019 gestellt werden.

Er übergibt das Wort an Herrn Niedermeier, der in einer Präsentation das Konzept für die Nordstraße vorstellt.

Ein grundlegendes Ziel des InHK Innenstadt II ist es, so Herr Niedermeier, die Innenstadt neu zu beleben. Er unterstreicht nochmals den Handlungsbedarf, derer in der Nordstraße vorliegt. Zur Belebung der Innenstadt gehört eine Angebotsbündelung an einer zentralen Stelle. Die Angebotsbündelung setzt sich aus Lokal - Kompetenz (Sozialer Dienst, Gleichstellung, Schule, Jugend), Lokal - Dialog (WFG, Vereine, Politik u.v.m) sowie aus der Lokal - Kultur (z.B. Ausstellung, Lesungen, Weiterbildungen) zusammen.

Weitergehend erläutert Herr Niedermeier die möglichen Varianten der Raumplanung von Erdgeschoss, Obergeschoss und Untergeschoss, inklusive der Verteilung der Fläche für die verschiedenen Nutzungen.

Die Fassadengestaltung soll als Vorbildfunktion entsprechend der Vorschriften für denkmalgeschützte Gebäude gestaltet werden. Dazu soll ein Wettbewerb initiiert werden.

Herr Niedermeier stellt die ermittelten Baukosten vor, die nach der Kostenberechnung bei 3,2 Millionen € liegen

Das Betriebskonzept sieht vor, dass die Stadt Radevormwald Eigentümerin der Immobilie wird. Für Teilbereiche des Gebäudes wird die Stadt langfristige Nutzungsverträge mit potentiellen Nutzern abschließen. Teilbereiche im Erd- und Obergeschoss sind allgemein zugänglich und sollen für bürgernahe Aktivitäten und Projekte genutzt werden. Die Öffnungszeiten sollen sich an den Verwaltungszeiten orientieren. Auf Anfrage können die Öffnungszeiten erweitert werden.

Es wurde bereits im jetzigen Stadium eine Unterstützung durch Radevormwalder Unternehmen zugesagt, konkrete Beteiligungsangebote liegen vor.

Herr Niedermeier erläutert die Einnahmen und Ausgaben, mit dem Ergebnis, dass ein jährliches Defizit von 28.780 € entsteht.

Weitere Details können dem Nutzungskonzept entnommen werden, das mit der Einladung übersendet worden ist.

Herr Röhlig merkt an, dass in der Kostengegenüberstellung im Nutzungskonzept die Personalkosten nicht mit aufgeführt sind und die wegfallende Miete für das Gebäude Post/ Kaiserstraße 140 nicht berücksichtigt worden ist. Die Einsparung durch die Verlagerung der Räume ist nicht aufgeführt.

Herr Niedermeier erklärt dazu, dass es sich nicht um eine ganzheitliche Kostenbetrachtung handelt, sondern diese anhand der Kriterien der Städtebauförderung erstellt worden ist. Herr Mans verweist an diesem Punkt auf den nichtöffentlichen Teil.

Herr Barg äußert sich kritisch bezüglich der Entsorgung des Bauschutts. In der Kostenaufstellung ist eine Entsorgung ohne Sondermüll aufgeführt. Er weist darauf hin, dass eine Sondermüllentsorgung teuer werden kann. Er erfragt, ob eine Untersuchung auf belastetes Material erfolgen soll.

Herr Nipken antwortet dazu, dass es sich um Gebäude handelt, die in einer Zeit erbaut worden sind, in der kein Asbest verwendet worden ist.

Herr Barg konkretisiert seine Anmerkung und weist darauf hin, dass auch ölhaltige Balken als belastetes Material eingestuft werden und somit als Sondermüll entsorgt werden müssen.

Herr Mans versichert, dass eine Überprüfung erfolgen wird.

Herr Barg hakt nach, ob auch die Entsorgung von Sondermüll förderfähig ist. Dies wird von Herrn Niedermeier bestätigt.

Herr Klein ergänzt dazu, dass der WFG bereits 3 Angebote für den Abbruch vorliegen.

Frau Pizzato erkundigt sich, wo die Kosten für den Grunderwerb aufgeführt sind. Herr Niedermeier führt dazu an, dass es sich lediglich um eine Aufstellung der Baukosten handelt.

Herr Nipken ergänzt, dass die Grunderwerbskosten dem Haushaltsplan zu entnehmen sind, Derzeit stehen 480.000 € bereit.

Frau Pizzato bemerkt, dass es sich unter diesen Umständen um eine Kostenaufstellung handelt, die zum Zweck der Förderfähigkeit aufgestellt worden ist. Weiter fragt sie, ob bei dem Begegnungszentrum auch eine Anlaufstelle für Jugendliche mit bedacht worden ist.

Dies bestätigt Herr Niedermeier. Frau Pizzato fragt weiter, ob es sich um ein Jugendcafé handelt. Herr Niedermeier betont, dass es sich nicht um ein autonomes Jugendzentrum handeln wird, ein solches besteht bereits im Bürgerhaus.

Frau Pech-Büttner erkundigt sich, wo die notwendigen Parkplätze geschaffen werden, da keine Tiefgarage mehr in dem Konzept Nordstraße eingeplant ist. Sie möchte wissen, ob es Alternativen zu einem Neubau eines Parkplatzes gibt.

Herr Niedermeier entgegnet, dass Alternativen vorhanden sind, diese aber noch nicht eingehend überprüft worden sind.

Weiter fragt Frau Pech-Büttner, ob eine Planung der Parkplätze für den Förderantrag nicht vorliegen muss. Herr Niedermeier führt aus, dass Parkplätze, mit Ausnahme der bauordnungsrechtlichen, für den Neubau erforderlichen, nicht förderfähig sind.

Frau Pech-Büttner appelliert an den Erhalt der drei Bäume auf dem Grünstreifen am Hohenfuhrparkplatz und an entsprechende Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Ebbinghaus äußert sich zu der Kostenaufstellung kritisch, so fehlen Kapitalkosten sowie die Abschreibung. Eine Kostenaufstellung sollte regelkonform aufgestellt werden. Als zweiten Punkt greift Herr Ebbinghaus nochmals die Entsorgung von belastetem Material auf und verweist in diesem Zuge auf die Grenzen der Förderfähigkeit. Auch eventuelle Jugendräume werden hier nochmals thematisiert. Es fehlen in Radevormwald Jugendräume für Jugendliche. Die Ausübung von Jugendarbeit in den Gebäuden in der Nordstraße sieht Herr Ebbinghaus als nicht realisierbar an.

Herr Müller erkundigt sich, ob gezielt Rader Vereine angefragt worden sind, ob ein Interesse an der Nutzung der Räume besteht und ob eine Zahl der voraussichtlichen Nutzung ermittelt worden ist.

Herr Klein bestätigt, dass eine Abfrage vorgenommen worden ist und Zusagen für die verschiedenen Räume erfolgten. Diverse Vereine verfügen nicht über eigene Räumlichkeiten und daher ist Interesse vorhanden.

Herr Müller geht auf die Multifunktionsfähigkeit der Räumlichkeiten ein. Aufgrund des Stuhllagers im Keller sieht Herr Müller hier Probleme. Er fragt, ob Hausmeister die Organisation übernehmen.

Herr Niedermeier bestätigt, dass das Stuhllager im Keller ein Mehraufwand darstellt, dieser aber durch das Vorhandensein eines Aufzuges komprimiert wird.

Herr Mans bestätigt, dass eine personelle Unterstützung notwendig sein wird, die aber durch die Hausmeister des Bürgerhauses erfolgen kann, denn dort fallen dann auch Veranstaltungen weg.

Herr Hoffmann erfragt, ob in dem Förderantrag gleichzeitig auch der Grunderwerb mit erfasst wird. Dies wird bejaht.

Frau Ebbinghaus erkundigt sich nach der aktuellen Fläche in m² im Jugendamt in der Kaiserstraße. Die Räumlichkeiten für das Jugendamt und das Amt für Schule, Kultur und Sport, wie sie in der aktuellen Planung berücksichtigt sind, sind nach der Meinung von Frau Ebbinghaus nicht befriedigend und unzureichend.

Herr Klein erläutert, dass das Konzept viele Räume vorsieht, die verschieden genutzt werden können. Frau Ebbinghaus greift die Arbeitsqualität auf, die sich verbessern muss. Gerade im Bereich der Aufgaben des Jugendamtes und des Amtes für Schule, Kultur und Sport müsse Vertraulichkeit gewährleistet sein. Es entsteht der Eindruck, dass lediglich das Augenmerk auf das Abgreifen der Fördermittel gerichtet ist, wichtig ist jedoch die Arbeitsqualität zu verbessern. Weiter verweist Frau Ebbinghaus an die Bindung für 20 Jahre, die sie nicht für zukunftsfähig hält. Eine Umstrukturierung der Räume ist in diesem Zeitraum nicht möglich.

Frau Hentzschel weist auf den Baum hin, welcher in der Präsentation für die Außenanlage dargestellt ist. Als weitere Möglichkeit für die Begrünung schlägt sie die Bepflanzung eines Daches vor, dies dient zusätzlich der Isolation und kann als Ausgleichsmaßnahme gewertet werden.

Herr Bornewasser vermisst ein Energiekonzept in der Planung aus dem erkennbar wird, wie hoch der Energieverbrauch pro m² ist.

Herr Niedermeier entgegnet, dass ein zeitgemäßes Energiekonzept entworfen wird, sich die Planungen allerdings derzeit noch in einem Vorentwurfsstadium befinden.

Herr Bornewasser bringt an, dass eine Nutzung einer Photovoltaikanlage wohl nicht möglich sei, da dies nicht in das optische Erscheinungsbild einzufügen ist. Er verweist jedoch auf die Berücksichtigung von Geothermie.

Herr Bornewasser fordert mehr als die Beachtung der aktuellen Vorschriften der EnEV.

Frau Pizzato bittet nachdrücklich darum, keinen Fassadenwettbewerb stattfinden zu lassen. 25.000 € für eine Fassade sieht sie als äußerst kritisch an.

Weiter erkundigt sie sich, ob der Fördergeber die zusätzlichen Öffnungszeiten vorgibt.

Herr Niedermeier führt dazu aus, dass es sich aus der Natur der Sache ergibt, dass Veranstaltungen überwiegend außerhalb der Verwaltungszeiten stattfinden. Weiter geht er auf die Zweckbindung ein, die bereits von Frau Ebbinghaus angesprochen worden ist. So können die Räume natürlich nach Bedarf verändert werden, solange sie dem Förderzweck nicht entgegenstehen. So würde beispielsweise die Etablierung von Einzelhandel dem Förderzweck entgegenstehen. Nicht dem Zweck entgegenstehen würde aber eine Nutzungsänderung der Räume, beispielsweise ein weiterer Raum für das Jugendamt oder Amt für Schule, Kultur und Sport. Eine flexible Nutzung ist durchaus möglich. Jedoch muss diese gut begründet werden.

Herr Müller greift den Begriff des „Wohnzimmers“ auf. So war die ursprüngliche Planung auf den Begriff „Leuchtturm“ ausgerichtet. Er hält es für sinnvoll sich mit der Außenfassade zu beschäftigen.

Frau Ebbinghaus fragt an, ob die alten Gebäude alle unterkellert sind, welches Herr Nipken bejaht.

Frau Ebbinghaus tut sich überdies mit einer 24-Stunden Öffnung schwer. Diese sei nicht zu bewältigen und es müsste zusätzliches Personal eingestellt werden. Sie verweist auf die Aussage aus dem Nutzungs- und Betriebskonzept auf Seite 11, „Der personelle Aufwand zur Nutzung ist der Räume ist gering und grundsätzlich an 24 Stunden des Tages möglich und im Prinzip von einer Person leistbar.“.

Weiterhin erkundigt sie sich, warum die Vereine keine Räume im Hürxthalhaus annehmen.

Herr Niedermeier führt zu den Öffnungszeiten aus, dass es sich um eine unglückliche Formulierung handelt und nicht eine 24-Stunden-Öffnung des Wohnzimmers Nordstraße

erfolgen soll. Herr Nipken ergänzt, dass die Stelle in dem Konzept entsprechend angepasst wird. Die Öffnungszeiten sollen an die der Verwaltung angelehnt sein. Außerdem können auf Anfrage weitere Öffnungszeiten vereinbart werden.

Zu der Nutzung des Hürxthalhauses führt Herr Mans aus, dass es sich hier um ein anderes Konzept handelt und dort Ankermieter sowie ein Seniorencafé etabliert werden sollen. Frau Ebbinghaus bekräftigt, dass sie dieses Projekt nicht für zielführend hält, da bereits für die Skateranlage kein Geld für eine entsprechende Betreuung vorhanden ist.

Herr Mans unterstreicht, dass es sich bei der Kinder- und Jugendarbeit um eine andere Angelegenheit handelt, Angebote für Kinder und Jugendliche müssen abgestimmt sein.

Herr Hoffmann appelliert wie bereits Frau Pizzato, keinen Fassadenwettbewerb stattfinden zu lassen, sondern das Geld für andere Dinge zu investieren.

Herr Barg verweist auf eine mögliche Schlüsselregelung, so wie es bei anderen Gebäuden ebenfalls gehandhabt wird.

Herr Grimm betont nochmals, dass es sich die Entwicklung in einer Entwurfsphase befinden und Details erst später zu planen sind. Weiterhin sieht er Chancen für die Stadt zu wenig beleuchtet.

Herr Ebbinghaus widerspricht dieser Meinung. In einem Rückblick in die 1990er Jahre reflektiert er, dass bereits zu diesem Zeitpunkt über einen Anbau des Rathauses diskutiert worden ist. Es wurden Flächen angemietet. So sind in der jüngsten Planung für die Gebäude in der Nordstadt nur noch 240 m² für die Verwaltung und die WFG vorgesehen. Bei diesem Vorgehen handelt es sich nach Herrn Ebbinghaus lediglich um eine Maßnahme, den Förderantrag positiv beschieden zu bekommen. Auch er erwähnt, dass eine Bindung für 20 Jahre festgeschrieben ist. So wäre bei einem Umbau, um gegebenenfalls in der Zukunft mehr Räume für die Verwaltung zu schaffen, eine Rückzahlung der Fördermittel die Konsequenz.

Weiterhin bemängelt Herr Ebbinghaus, dass die Unterhaltungskosten unvollständig aufgeführt sind. Es gibt Infrastrukturprojekte in Radevormwald, die nicht unterhalten werden können (Wülfingstraße, Carl-Diem-Straße). Vor diesem Hintergrund macht es wenig Sinn, neue Projekte zu beginnen. Es handelt sich bei Radevormwald um eine schrumpfende Kleinstadt, so werden zusätzliche Unterhaltungskosten, die sich die Stadt aufbürdet, pro Kopf größer.

Herr Ebbinghaus vertritt die Meinung, dass man nicht mehr Geld ausgeben sollte, nur um Fördermittel abzugreifen. Somit fordert er den Verzicht auf den Förderantrag.

Herr Mans antwortet dazu, dass nicht nur auf den Förderantrag hingearbeitet wird. Es muss eine Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Bedarf herrschen.

Frau Ebbinghaus führt aus, dass bisher kein Interesse an den Gebäuden der Nordstraße vorhanden war, weil es bereits fertige Pläne durch Investoren gab. Es hätte hier Käufer gegeben, die sich aber nicht auf eine bereits feste Planung einlassen wollten.

Frau Ebbinghaus möchte wissen, wie es aktuell weitergeht. Der Förderantrag muss bis Ende Februar gestellt werden, die Ausschüsse treffen jedoch keine Entscheidung, es handelt bei der Vorlage lediglich um eine Information. Der Rat tagt erst im März, sodass es eine zeitliche Überschneidung gibt.

Herr Mans äußert, dass der Antrag fristgerecht Ende Februar eingereicht und der Beschluss im Rat im März nachgeholt wird. Sollte der Rat sich dagegen entscheiden, wird der Förderantrag zurückgenommen.

Herr Stark schlägt vor, dass eine Äußerung zum Thema Nordstraße von allen Fraktionen erfolgt. Zum Stimmungsbild verweist Herr Stark der SPD-Fraktion auf den Zeitungsartikel im Remscheider Generalanzeiger vom 19.02.2019. Die SPD hält eine Veränderung der Nordstraße für zwingend notwendig, sie bemängelt jedoch, dass in akuter Eile ein Konzept erstellt worden ist. Ein Konzept für ein derartiges Projekt muss von Eckpfeilern getragen werden. Zurzeit ist der Tenor, dass es sich um ein Wohnzimmer im Leuchtturm handelt. Die SPD zweifelt an der Benutzung des Wohnzimmers. Ein Leuchtturmprojekt ist nach der Literatur ein Quantensprung. Einen Quantensprung sieht Herr Stark bei diesem Projekt nicht.

Ein entsprechendes Stimmungsbild kann bei den Fraktionen nicht erzeugt werden, wenn Unterhaltungskosten nicht entsprechend dargestellt werden.

Nochmals stellt Herr Stark in Frage, ob das Wohnzimmer gebraucht wird. Eine multifunktionale Nutzung im Tagesgeschäft sieht er als nicht realisierbar an. Es sollen sensible Bereiche der Verwaltung in der Nordstraße untergebracht werden, mit denen eine gleichzeitige multifunktionale Nutzung nicht möglich erscheint. Weiterhin konnten viele konkrete Fragen nicht beantwortet werden. Es wurden im Laufe der Diskussion neue Fragen aufgeworfen, die einer Prüfung bedürfen und mehr Zeit zum Überdenken. Ein halbes Jahr mehr oder weniger verstreichende Zeit machen nach Ansicht der SPD-Fraktion keinen Unterschied bei diesem Projekt.

Frau Pizzato von der FDP-Fraktion unterstützt den Einwand der SPD, das Projekt ist mit einer heißen Nadel gestrickt. Auch sie führt an, dass Radevormwald auf den Förderzug aufspringt. Weiterhin vertritt sie die Meinung, dass das Personal des bestehenden Hausmeisterpools nicht ausreichend ist für dieses Projekt. Auch Frau Pizzato findet, dass ein halbes Jahr mehr oder weniger keinen Unterschied in der zeitlichen Abfolge ausmacht.

Frau Pech-Büttner berichtet, dass das Bündnis 90/Die Grünen dem Projekt nicht entgegensteht, jedoch um die Berücksichtigung der gegebenen Anregungen zu den Stellplätzen bittet.

Herr Hoffmann von der UWG verweist auf bereits vielfach erarbeitete Konzepte, die nicht umgesetzt worden sind. Auch Die UWG ist der Ansicht, dass eine Entscheidung getroffen werden muss und eine Verschiebung des Projektes Nordstraße nicht zielführend ist.

Herr Udo Schäfer spricht sich für proDeutschland für die Maßnahme Nordstraße aus. Er verweist auf den drohenden Verfall und ergänzt, dass man entgegen verschiedener Aussagen flexibel mit der Raumgestaltung umgehen kann.

Herr Steinmüller, ebenfalls von der UWG, ergänzt die bereits getroffene Aussage von Herrn Hoffmann. Er kritisiert das Reden um Kopf und Kragen bei Großprojekten. Die Nordstraße verschandelt das Stadtbild und entsprechende Zeichen gegen den Verfall müssen gesetzt werden. Auch Herr Steinmüller spricht sich, wie auch Herr Barg, für eine Schlüsselübergabe aus, um Hausmeisterleistungen einzusparen. Hier ist ein größeres Entgegenbringen von Vertrauen an die Vereine gefragt.

Herr Busch von der CDU-Fraktion verweist darauf, dass die Nordstraße bereits seit 10 – 12 Jahren einen Schandfleck darstellt. Er unterstreicht den Handlungsbedarf, weil das Jugendamt sowie das Amt für Schule, Kultur und Sport an einem bestimmten Zeitpunkt die aktuellen Räumlichkeiten aufgeben muss. Überdies besteht für Vereine und Fraktionen ein erhöhter Bedarf. Nach seiner Auffassung ist die Kostenstruktur nicht zu hoch angesetzt, da bedacht werden muss, dass es sich um Innenstadtlage handelt. Eine Ausstattung der Räume kann zum heutigen Zeitpunkt nicht bestimmt werden. Auch er ist der Auffassung, dass der Förderantrag zwingend gestellt werden muss. Zur Verkleinerung der Fläche für den Verwaltungsbereich merkt Herr Busch an, dass die Fläche durch die Ämter selbst bestimmt worden ist. Auch bezüglich der Energiekonzepte kann eine Zusammenarbeit mit den Stadtwerken erfolgen. Es geht jetzt lediglich um den Startschuss, der gegeben werden muss. Alles in allem wird das Projekt, auch wenn es schnell aus dem Boden gestampft worden ist, von der CDU unterstützt.

Herr Mans betont an dieser Stelle nochmal, dass der Förderantrag gestellt wird und beendet die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Fischer beendet den gemeinsamen Teil der Sitzung um 18.35 Uhr.

